



Presseschau vom 27.04.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Abends / nachts:

Dnr-online.ru/Dan-news.info: Konferenz der gesellschaftlichen Organisation Oplot Donbassa: Heute fand in Donezk eine außerordentliche Konferenz der gesellschaftlichen Organisation „Oplot Donbassa“ statt. An der Veranstaltung nahmen das Oberhaupt der DVR, der Ehrenpräsident der Organisation Alexandr Sachartschenko, der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats der DVR und Mitgründer der Organisation Alexandr Timofejew sowie der Abgeordnete des Volkssowjets der DVR Sergej Sawdowejew teil.

„Heute stehen vor Oplot Donbassa schwere Aufgaben. An der Kontaktlinie ist eine schwierige Lage. Der Feind versucht mit Provokationen einen Krieg zu entfachen. Wir müssen zur Abwehr eines Angriffs bereit sein.“

Die gesellschaftliche Organisation darf sich nicht aus dem gesellschaftlichen Leben des Staats und der ökonomischen Entwicklung zurückziehen. Das ist eure Aufgabe. Und natürlich ist unsere grundlegende Aufgabe die Entwicklung des Landes“, sagte Alexandr Sachartschenko zu den Versammelten.

Alexandr Timofejew unterstrich, dass die Aufgaben, die vor der Organisation stehen, ständig schwieriger werden.

„Vor den militärischen Einheiten von Oplot Donbass stehen schwere Aufgaben, aber sie kommen damit zurecht. Vor der gesellschaftlichen Organisation steht die Aufgabe der Entwicklung der Ökonomie der Republik um unsere Bürger zu versorgen. Im ökonomischen Bereich existiert ein großes Kaderdefizit. Wie Alexandr Wladimirowitsch sagte, müssen gute Spezialisten herangezogen werden. Das ist ein langer Prozess, deshalb müssen gute

Spezialisten schon ab der Schulbank herangezogen werden.

Außer der Ökonomie gibt es den kulturellen Teil. Vor uns steht eine weitere große Aufgabe – die Entwicklung des kulturellen Bereichs. Das sind Ausstellungen, Theater, Errungenschaften in allen Bereichen der kulturellen Aktivität.

Die dritte Aufgabe ist die Schaffung neuer Bereiche in der Ökonomie, die es in unserer Region zuvor nicht gab.

All dies sind Aufgaben der gesellschaftlichen Organisation und die gesellschaftliche Organisation, das sind Bürger der DVR“, sagte Alexandr Timofejew.

Während der Konferenz wurde angemerkt, dass die Mitglieder der Organisation Oplot Donbassa aktiv die Kandidatur von Alexandr Sachartschenko zu den anstehenden Wahlen zum Republikoberhaupt unterstützen werden.

Außerdem merkte Alexandr Sachartschenko an, dass es notwendig ist, Organisationen von Oplot Donbassa in Odessa und Charkow zu gründen.

„Diese Aufgabe wird auch vorrangig sein. Wir kämpfen nicht gegen das Volk der Ukraine, sondern gegen die Nazis und die Menschen, die ungesetzlich, auf militärischem Weg die Regierung in Kiew übernommen haben. Dort leben Zehntausende von Menschen, die uns unterstützen, aber sie sind eingeschüchtert.

Bei uns leben Menschen und kämpfen mit uns Schulter an Schulter, die in Odessa und Charkow gelebt haben, dort ist ihre Heimat. Ich meine, dass der Feind auch so besiegt werden kann. Das, was wir tun, gibt den Menschen, die jetzt in diesen Städten leben, immer eine kleine Hoffnung“, sagte Alexandr Sachartschenko.

Der Vorsitzende der gesellschaftlichen Bewegung „Front des Odessaer Widerstands“ Igor Nemotruk unterstrich in seinem Beitrag, dass die Odessiten, die sich nicht mit dem Staatsstreich in Kiew abgefunden haben und die Leiden des Volkes nicht ertragen konnten, die gesellschaftliche Bewegung „Front des Odessaer Widerstands“ gebildet haben.

„Ziel der Organisation ist die Befreiung der Odessaer Region von US-Marionetten und dem Bandera-Regime. Wir wollen einen Staat auf Grundlage von sozialer Gerechtigkeit und Brüderlichkeit aufbauen. Heute geht unsere Organisation in die Reihen von Oplot Donbassa als territoriale Organisation mit besonderem Status ein. Ich rufe alle Odessiten auf, sich dem Kampf gegen die Nazisten anzuschließen“, sagte Igor Nemotruk.

„Von Anfang an haben wir geträumt, dass eine territoriale Struktur gebildet wird, die die Charkower vereint. Ich danke der Leitung von Oplot Donbassa für das gezeigte Vertrauen“, sagte der Vorsitzende der Charkower Organisation von Oplot Donbassa zu den Versammelten. Es wurde beschlossen bei der Organisation Oplot Donbassa die Organisation Oplot Odessa und Oplot Charkowa zu bilden.

Außerdem wurde im Rahmen der Konferenz die Satzung verändert. Die Veränderung betrifft auch die Leitungsmitglieder gesellschaftlichen Organisation.

Einstimmig wurde Alexandr Timofejew zum Vorsitzenden von Oplot Donbassa gewählt, zum stellvertretenden Vorsitzenden Sergej Sawdowjew. Die Leitung wurde auf 5 Personen erweitert, zur ihr gehören Alexandr Timofejew, Sergej Sawdowjew, Grigorij Beljajew, Michail Tichonow, Alexandr Kurenkow.

Auf der Konferenz stellte sich auch die neugegründete Jugendorganisation von Oplot Donbassa vor.

Alexandr Sachartschenko erklärte im Rahmen der Konferenz, dass eine Kaderreserve aus Absolventen von republikanischen Hochschulen für führende Funktionen in Ministerien oder Organen der örtlichen Selbstverwaltung geschaffen werde.

„Ich weise den Vizepremier an, ab heute eine Kaderreserve des Republikoberhauptes aus 100 Personen für alle Bereiche unseres Lebens zu schaffen“, sagte Sachartschenko.

Nach dem Worten des Staatsoberhauptes kommen die jungen Spezialisten für Vertretungen von stellvertretenden Ministern oder Bürgermeisterern in Frage. Das Oberhaupt der DVR erläuterte, dass die Reserve durch ein Auswahlverfahren gebildet werden soll. Der Prozess wird zum Ende

des Studienjahres in den Hochschulen der Republik beginnen.

de.sputniknews.com: OPCW-Vertreter: Chemikalien aus Deutschland und Großbritannien in Duma entdeckt.

Die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) beginnt allmählich mit der Aufarbeitung des angeblichen Giftgas-Angriffes im syrischen Duma. Der syrische stellvertretende Ständige Vertreter bei der OPCW, Hassan Obeid, hat nun brisante Details zu den Ermittlungen enthüllt.

Laut Obeid wurden in Terrorverstecken in Duma chemische Stoffe britischer und deutscher Herkunft entdeckt.

„Wir haben chemische Stoffe aus Deutschland und aus Großbritannien, aus dem Labor Porton-Down in Salisbury, entdeckt – nicht von irgendwo, sondern aus Salisbury. Sie wissen, wie wichtig Salisbury in diesen Tagen ist. Alle falschen Anschuldigungen werden vollständig enttarnt werden“, erklärte der OPCW-Vertreter bei einer Pressekonferenz im Hauptquartier der Organisation.

An dieser Pressekonferenz nahmen außerdem Zeugen der angeblichen Giftgas-Attacke teil, die berichtet haben, wie sie für das gestellte Video der „Attacke“ genutzt worden sind. Zuvor hatte bereits der russische Außenminister Sergej Lawrow erklärt, dass Moskau zahlreiche Beweise habe, um die Beteiligung Londons an der Inszenierung des angeblichen chemischen Angriffes im syrischen Duma zu beweisen.

Ebenfalls hatte Lawrow daran erinnert, dass das Video kurz nach der angeblichen Attacke von den sogenannten „Weißhelmen“ veröffentlicht worden war – einer Organisation, die schon in der Vergangenheit regelmäßig mit gefälschten Videos und Falschmeldungen aufgefallen war. Dass nun anscheinend ausgerechnet chemische Komponenten aus Salisbury entdeckt worden sind, trägt eine besondere politische Brisanz – denn in dieser englischen Stadt ist am 4. März der Ex-Doppelagent Sergej Skripal vergiftet worden.

London hatte umgehend Russland der Vergiftung beschuldigt, jedoch immer noch keine Beweise für diese Behauptungen geliefert.

Vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen in den letzten 24 Stunden zweimal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit.

Beschossen wurde das Gebiet von **Losowoje**.

Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen.

Dnr-online.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 26. April 3:00 bis 27. April 3:00:

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit:

In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 35.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Oserjanowka, Michajlowka, Golmowskij), Sajzewo, Werchnetorezkoje, Spartak, Jasinowataja, Donezk (Volvo-Zentrum, Trudowskije), Mineralnoje, Dokutschajewsk, Petrowskoje, Kominternowo, Sachanka.**

Gestern starben in Folge eines direkten Treffers auf ein Haus in Dokutschajewsk zwei zivile Einwohner.

Außerdem brannten in Folge eines Beschusses von Seiten der ukrainischen Streitkräfte in Sajzewo zwei Häuser ab, vier wurden zerstört.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 1043. In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 1452.

Wir erinnern, um 00:01 Uhr (Moskauer Zeit) am 30. März 2018 trat gemäß der von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung – der „Oster“-waffenstillstand – in Kraft.

de.sputniknews.com: „Schädlicher russischer Einfluss“: Trump legt dem Kongress Bericht vor.

US-Präsident Donald Trump hat dem US-Kongress einen Bericht zur Bekämpfung des „schädlichen russischen Einflusses“ vorgelegt. Das teilte das Weiße Haus mit.

Der Bericht selbst wurde nicht veröffentlicht, weil er Geheimdaten enthalten soll.

„Gemäß dem Gesetz schicke ich Ihnen einen Bericht, der vom Artikel 1256 des Wehretats für das Jahr 2018 vorgesehen ist“, soll es in Trumps Brief an den Kongress heißen.

Gemäß dem Artikel muss der US-Staatschef dem Kongress einen Bericht über Operationen im Cyber- und im Informationsbereich vorlegen. Zudem sollen das US-Außenministerium und das Pentagon Vorschläge zur Bekämpfung des „Infokriegs, des schädlichen Einflusses und der Propagandatätigkeit der Russischen Föderation“ unterbreiten. Die Behörden sollen auch über Pläne für gemeinsame Cyber-Übungen mit Europa berichten.

Das US-Justizministerium und der Kongress der Vereinigten Staaten ermitteln zur angeblichen Einmischung Moskaus in die US-Wahlen sowie zu vermeintlichen Kontakten Trumps zu Russland. Diese Kontakte werden sowohl im Weißen Haus als auch im Kreml bestritten. Russland hat wiederholt betont, dass es sich in die US-Wahl nicht eingemischt habe. Die Demokraten wollen laut dem Kreml mit ihren Anschuldigungen bloß ihre Niederlage rechtfertigen.

Dan-news.info: „**Trudowskije** wurde heute Nacht und am Morgen stark beschossen. 3500 Häuser des privaten Sektors, 522 Hütten, 137 Mehrparteienwohnhäuser haben keinen Strom“, teilte der Leiter der Verwaltung des Petrowskij-Bezirks von Donezk Maxim Shukowskij mit. Er fügte hinzu, dass in Folge des Beschusses 27 Transformatorunterstationen vom Strom abgeschnitten wurden. Zurzeit führen Energietechniker der DVR Reparaturarbeiten durch, ein Teil der Verbraucher hat bereits wieder Strom.

de.sputniknews.com: WADA-Informant Rodtschenkow nimmt Teil der Vorwürfe gegen russische Sportler zurück.

Grigori Rodtschenkow, der der Welt-Anti-Doping-Agentur (WADA) Informationen über das angebliche Staatsdoping in Russland bereitgestellt hat, hat seine Vorwürfe gegen russische Athleten teilweise zurückgenommen. Dies geht aus dem Dokument hervor, das auf der Webseite des Internationalen Sportgerichtshofs CAS veröffentlicht wurde.

Rodtschenkow wurde bei einer CAS-Anhörung laut dem Dokument zum sogenannten „Duchess“-Cocktail befragt, den er selbst entwickelt haben soll. Der Cocktail soll eine Mischung aus Alkohol und Doping sein.

Rodtschenkow antwortete, er habe diesen Cocktail den russischen Sportlern nie gegeben. Er habe auch nie gesehen, wie russische Athleten den Cocktail getrunken bzw. irgendwelche Anweisungen bekommen hätten, ihn zu trinken.

Rodtschenkow sagte zudem aus, er habe nie gesehen, wie russische Sportler „schmutzige“ Doping-Proben durch „saubere“ Urinproben ersetzt hätten. Vor seinen Augen habe kein russischer Sportler seine Doping-Proben manipuliert.

Auch der WADA-Sonderermittler Richard McLaren soll überraschend zurückgerudert haben: Bei Anhörungen im Schweizer Lausanne im Januar dieses Jahres soll er ausgesagt haben, er habe die Verwicklung bestimmter russischer Sportler ins Doping-Programm nie direkt behauptet. Stattdessen habe er gesagt, dass sie „verwickelt sein könnten“. „In meinem Bericht behauptete ich nie, dass gewisse Russen am Doping-Schema beteiligt gewesen wären. Ich sagte lediglich, sie könnten sich daran beteiligt haben. Das bedeutet aber nicht, dass sie die Anti-Doping-Regeln verletzen“, betonte der Professor.

Auf der Website des Internationalen Sportgerichtshofs (CAS) wurde neulich die Begründung für den Freispruch des russischen Skiläufers Alexander Legkow veröffentlicht. Zuvor war sein Sieg im Marathonlauf (50 Kilometer) bei den Olympischen Winterspielen 2014 in Sotschi aberkannt worden. Im Januar wurde er jedoch vom CAS freigesprochen.

Kremlsprecher Dmitri Peskow sieht in den Aussagen Rodtschenkows die „Bestätigung seiner Verleumdung und Lüge“ gegenüber russischen Sportlern.

„Jetzt ist es offensichtlich, dass er sich in seinen Aussagen verfangen hat. Es ist offensichtlich, dass er seine eigene Lüge, seine Verleumdung faktisch bestätigt hat“, so Peskow am Freitag. Diese neuen Informationen seien einer genaueren Aufmerksamkeit der Medien wert, die diesen „Gentleman“ verherrlicht hätten.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32049/32/320493232.jpg>

Dnr-online.ru: Heute um 10:00 Uhr hat sich die Arbeitsschicht der Donezker Filterstation (DFS) gemeinsam mit Vertretern des Zivilschutzministeriums der DVR und Beobachtern der OSZE-Mission in Richtung DFS bewegt, waren aber auf Grund von Mörserbeschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte gezwungen umzukehren“, teilt die Vertretung der DVR im GZKK mit.

Wie zuvor mitgeteilt wurde, haben ukrainische Soldaten heute bereits zweimal das Mörserfeuer aus Richtung Awdejewka auf das Gebiet von Jasinowataja eröffnet. Um 10:00 Uhr wurde ein Mörsergeschoss des Kalibers 120mm auf das Gelände der DFS abgefeuert und eine Stunde später, um 11:00 Uhr, zwei weitere Mörsergeschosse des Kalibers 120mm. Die Kolonne mit der Arbeitsschicht der DFS sowie die Beobachter der OSZE und des Zivilschutzministeriums der DVR waren gezwungen die weitere Fahrt abbrechen und auf die Ausgangsposition zurückzukehren.

Wir rufen die ukrainische Seite im GZKK auf, ein nachhaltiges Regime der Ruhe in diesem Gebiet zu gewährleisten, damit das Personal der Station mit seinen Pflichten beginnen kann.

de.sputniknews.com: Nach Gipfel: Staatschefs Nord- und Südkoreas unterzeichnen gemeinsame Deklaration.

Der nordkoreanische Staatschef Kim Jong-un und der südkoreanische Präsident Moon Jae-in

haben nach ihrem Gipfeltreffen eine gemeinsame Deklaration unterzeichnet. Nach der Unterzeichnung der Deklaration sollen sich die beiden Staatschefs umarmt haben. Demnach einigten sich Nordkorea und Südkorea, Maßnahmen zur Unterstützung der internationalen Bemühungen um die Denuklearisierung der Halbinsel zu ergreifen. Zum 65. Jahrestag der Unterzeichnung eines Waffenstillstandsabkommens werden die Staaten aktiv dazu beitragen, ein dreiseitiges Treffen mit den USA und ein vierseitiges Treffen mit China einzuberufen, um das Waffenstillstandsabkommen in ein Friedensabkommen zu verwandeln und ein System des ewigen Friedens zu schaffen. Die Staatschefs einigten sich außerdem, regelmäßig die direkte Telefonlinie zu nutzen, um wichtige Fragen der Nation zu erörtern. „Der Präsident Moon Jae-in hat beschlossen, Pjöngjang im Herbst dieses Jahres zu besuchen“, heißt es in der Deklaration weiter. „Der Süden und der Norden haben beschlossen, in kürzester Frist die Verhandlungen in jedem Bereich, darunter auch auf hoher Ebene, einzuberufen und aktive Maßnahmen zur Regelung jener Fragen zu ergreifen, bei denen beim Gipfel eine Absprache getroffen worden ist.“ Demnach werden die Staaten ein gemeinsames Koordinierungsbüro in der Nähe der demilitarisierten Zone bei Kaesöng eröffnen, in dem sich die Vertreter der Behörden von den beiden Seiten befinden werden. „Der Süden und der Norden werden sich gemeinsame Mühe geben, um die scharfe militärische Anspannung auf der Koreanischen Halbinsel zu senken und die Kriegsdrohung praktisch zu reduzieren“, heißt es weiter. Nordkorea und Südkorea hätten beschlossen, „die feindlichen Handlungen gegeneinander einzustellen, die Auseinandersetzungen am Boden, auf dem Meer und in der Luft verursachen können“. Dabei wollen die beiden Länder wieder Treffen von Familien ermöglichen, die durch den Korea-Krieg auseinandergerissen wurden.

Nachmittags:

Armiyadnr.su: Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeur der Streitkräfte der DVR Oberst Eduard Basurin über die Situation an der Kontaktlinie vom 21. bis 27. April 2018: Heute am frühen Morgen hat der Feind im Schutz des Nebels mit 14 Mann aus der 36. Marineinfanteriebrigade versucht, Aufklärung durch Bekämpfung unserer Positionen in Richtung Mariupol zu betreiben.

Aber bei der Annäherung an die Positionen gerieten die ukrainischen Terroristen auf Minensperren. Nach der Entdeckung der Diversanten erlitt der Gegner im Ergebnis des entstehenden Kampfes Verluste von drei Toten und weiteren vier Verletzten.

Das Kommando der Kämpfer befahl Sperrfeuer mit Mörsern, das auf unsere Positionen erfolgte. Unter dessen Deckung zog der Feind auf seine Positionen ab und nahm die Toten und Verletzten mit.

Mit Bedauern teilen wir mit, dass **zwei unserer Verteidiger während des Kampfes tödlich verletzt** wurden.

Sie starben, als sie heldenhaft ihr Land und das Volk des Donbass gegen Angriffe ukrainischer Neonazisten verteidigten. Der Feind kam nicht durch.

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Besatzungskräfte in **Richtung Donezk** die Gebiete von **sechs Ortschaften** beschossen. Der Feind hat acht 152mm-Artilleriegranaten abgeschossen, vier Schüsse mit Panzern abgegeben, 126 Mörsergeschosse abgefeuert, darunter 61 des Kalibers 120mm, außerdem hat er mit Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

In **Richtung Gorlowka** wurden die Gebiete von **fünf Ortschaften** beschossen, auf die der Gegner 33 Artilleriegranaten des Kalibers 122mm abschoss, zehn Schüsse mit Panzern abgab,

20 Mörsergeschosse verschiedenen Kalibers abfeuerte. Außerdem wurden Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer und Schusswaffen eingesetzt.

In **Richtung Mariupol** hat der Feind die Gebiete von **drei Ortschaften** beschossen und zehn Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgefeuert sowie 60 Schüsse mit Schützenpanzerwaffen abgegeben. Außerdem wurden Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

Insgesamt haben die ukrainischen Banden **in den letzten 24 Stunden 35-mal den Waffenstillstand verletzt**.

In Folge von Beschuss **starben zwei Verteidiger unserer Republik und zwei Zivilisten**. Außerdem haben die ukrainischen Besatzer heute Morgen den Schichtwechsel des Personal der Donezker Filterstation mit einem Mörserbeschuss zum Scheitern gebracht. Derzeit gewährleistet die vorherige Schicht den zweiten Tag hintereinander die Funktion der Station. Insgesamt hat der Gegner **in der letzten Woche 231-mal das Regime der Feueinstellung verletzt** und 77 Artilleriegranaten der Kaliber 152mm, 122mm und 100mm auf das Territorium der Republik abgeschossen, der Feind hat 19 Schüsse mit Panzern abgegeben und 1264 Mörsergeschosse der Kaliber 120 und 82mm abgefeuert, außerdem mit Schützenpanzerwaffen, lenkbaren Antipanzerraketen, Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

In Folge dieser Beschießungen der ukrainischen Besatzer wurden **drei friedliche Bürger unserer Republik getötet, neun wurden verletzt**. Außerdem wurde ein Verteidiger unserer Republik verletzt.

Außerdem wurden mehr als 20 Häuser unterschiedlich schwer beschädigt, bis hin zur vollständigen Vernichtung.

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte konzentriert weiter schwere Waffen in der Nähe der Kontaktlinie. Im Einzelnen wurde von unserer Aufklärung festgestellt:

- 3 152mm-Haubitzen „MSTA-B“;
- 9 152mm-Haubitzen „Akazija“;
- 26 122mm-Haubitzen „Gwosdika“;
- 17 Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“;
- 2 Artilleriegeschütze „NONA-S“;
- 4 100mm-Antipanzergeschütze „Rapira“;
- 9 Abwehrraketenkomplexe „Strela-10“.

Uns wurden Einzelheiten über die **große Zahl von Opfern unter den ukrainischen Kämpfern** in den letzten Tagen bekannt.

So wurden vier Kämpfer der 95 Luftsturbrigade verletzt, als sie Feldtests der neuen 120mm-Mörsergeschosse für Mörser des Typs „Molot“, die von den Konstrukteuren der Herstellerfabrik geliefert worden waren, durchführten.

Die Feldtests wurden von Artillerieoffizieren der NATO, die zuvor eingetroffen waren, beobachtet.

Es ist bemerkenswert, dass alle „Beobachter“ und Konstrukteure sich in Unterständen befanden, die „Tester“ jedoch ohne Schutzausrüstung die Mörsergeschosse abfeuerten. Bei einem der Schüsse detonierte das Geschoss am Ausgang des Mörserlaufs und verletzte die gesamte Mörsermannschaft.

Ein wenig anders, aber auch mit der Verletzung von Sicherheitsbestimmungen verbunden, ist die Situation, die in der 54. Brigade entstand, wo am 24. April ein Lastwagen, der Personal der Brigade transportierte, auf eine Antipanzermine fuhr. Dabei wurden elf Kämpfer unterschiedlich schwer verletzt.

Es ist bemerkenswert, dass das Fahrzeug 12 km von der Front entfernt, im Gebiet von Kleschtschejewka, auf eine Mine geriet.

Aber die militärisch-politische Führung der Ukraine beschuldigt weiter fälschlich unsere Streitkräfte der Opfer unter ihrem Personal.

Unsere Aufklärung hat Informationen über die **Vorbereitung eine Reihe von aufsehenerregenden Provokationen** durch bewaffnete Formationen der Ukraine erhalten, die das Ziel haben, die Durchführung aktiver Kampfhandlungen in einzelnen Gebieten zu rechtfertigen.

Für die wahrscheinlichsten Gebiete für eine Aggression von Seiten der ukrainischen Besatzer halten wir in Richtung Mariupol die Gebiete von Schirokino, Nowoasowsk, Granitnoje und Michajlowka. In Richtung Donezk Awdejewka und Jasinowataja.

Eine Bestätigung dafür ist der schon traditionelle „Fünfziger“ - das ist der minimale Munitionsvorrat, der täglich an die ukrainischen Soldaten beim Beschuss unserer Städte und Dörfer ausgegeben wird. Beispielsweise wurden in der letzten Woche mehrfach Dokutschajewsk und Sajzewo beschossen.

Wir haben die Ankunft von sechs 152mm-Haubitzen „Msta-B“ aus dem Bestand der 55. Artilleriebrigade im Gebiet von Orlowka, 10km von der Kontaktlinie, entdeckt. Es ist leicht zu raten, wo die nächsten Beschießungen zu erwarten sind.

Nach unseren Informationen wurden vom 20. bis zum 21. April auf dem 242.

Truppenübungsplatz im Oblast Tschernigow unter Leitung des Leiters des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte Mushenko Übungen des kommandierenden Personals der Bodentruppenbanden durchgeführt. Zu der Maßnahme wurden Kommandeure von Brigaden und Regimentern sowie deren Stellvertreter und Artillerieleiter herangezogen. Das Ziel war die Vermittlung von Anweisungen zur praktischen Vorbereitung und Durchführung von Provokationen unter Verwendung von Artillerie. Im Verlauf der Übungen haben die Kriegsverbrecher „Fronterfahrung“ bei Feuerangriffen, unter anderem auf Objekte städtischer Infrastruktur, ausgetauscht.

Im Rahmen der moralisch-psychischen Betreuung wurde am 23. April auf Basis des 2. Bataillons der 93. Brigade eine methodische Übung mit stellvertretenden Bataillonskommandeuren und Psychologieoffizieren der Bataillone zu Fragen rechtzeitiger psychologischer Unterstützung von Soldaten in der „ATO“-Zone durchgeführt, um nicht ordnungsgemäßes gegenseitiges Verhalten, Verletzungen der militärischen Disziplin und die sich häufenden Selbstmorde zu verhüten.

Die Übung wurde vor dem Hintergrund eines angeblichen eigenmächtigen Verlassens des Truppenteils durch eine Soldatin der 93. Brigade am 21. April durchgeführt. Nach unseren Informationen wurde im Ergebnis einer dienstlichen Ermittlung festgestellt, dass die Ursache des eigenmächtigen Verlassens eine Gruppenvergewaltigung durch betrunkene Kameraden war. Ich möchte unterstreichen, dass bis jetzt erfolglos nach der Betroffenen gesucht wird. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sie nach der Vergewaltigung ermordet wurde und die Leiche der jungen Frau in einem Waldstück vergraben wurde.

Offensichtlich können wir uns ein weiteres Mal davon überzeugen, wie die Kommandeure der ukrainischen Einheiten nicht kampfbedingte Verluste auf den Tod in Folge von Beschuss schieben.

In der heutigen ukrainischen Armee wird dies zu einer Tradition.

Der an der Kontaktlinie festgenommene Bürger Georgiens, der zuvor in der sogenannten „georgischen Legion“ der ukrainischen Streitkräfte gekämpft hatte, macht weiter enthüllende Aussagen.

Aus seinen Geständnissen wurde bekannt, dass derzeit von einer regionalen Koordinationsgruppe des antiterroristischen Zentrums unter Leitung des Sicherheitsdienstes der Ukraine im Oblast Rowenki Antiterrorübungen durchgeführt werden. Die offizielle Version der Übungen ist die Organisation der Zusammenarbeit von Kräften und Mitteln verschiedener Behörden, die an einer „antiterroristischen (gegen Diversion gerichteten) Operation“ beteiligt sind.

Tatsächlich aber werden unter dem Anschein von Übungen im Oblast Rowenko vom SBU Gruppen von Nationalisten aus dem „Rechten Sektor“ und der „Ukrainischen

Freiwilligenarmee“ zusammengezogen, um mögliche Aufstände und friedliche Proteste unter den Einwohnern der von Kiew kontrollierten Territorien, die mit dem faschistischen Regime der proamerikanischen Regierung unzufrieden sind, zu unterdrücken. Vergleichbare Übungen werden in den Oblasten Transkarpatien und Tschernigow erwartet.

Nach den Worten des Festgenommenen sind die Übungen ein Deckmantel für alle möglichen Säuberungen unter der örtlichen Bevölkerung, von Menschen, die gegen die amerikanische Sklaverei, die Hegemonie der Regierung der ukrainischen Oligarchen eingestellt sind, sowie von allen vernünftig denkenden und dagegen auftretenden Menschen.

Nicht weniger wichtig ist es, dass die „Übungen“ unmittelbar von Vertretern von Spezialdiensten aus den USA und Kanada geleitet werden.

Der Festgenommene berichtete auch, dass während seines Dienstes in der „Legion“ regelmäßig verschiedene Spezialisten von Spezialoperationskräften der ukrainischen Streitkräfte und des SBU sowie Militärinstruktoren aus NATO-Ländern in das Stationierungsgebiet kamen. Darunter waren auch Vertreter von speziellen Scharfschützeneinheiten, aus Einheiten für Informationsoperationen und der Spezialeinheit „Alpha“ des SBU.

Der ehemalige „Legionär“ ist überzeugt, dass die Spezialisten zur Durchführung verschiedener Provokationen kamen. Beispielsweise ist ihm genau bekannt, dass die Scharfschützen nicht nur den Gegner beschossen, sondern auch die eigenen Einheiten. Seine Schlüsse werden durch den Tod vieler Kameraden während der Besetzung der Dörfer Gladosowo und Trawnwoje im November-Dezember 2017 bestätigt.

Außerdem wurden im Januar dieses Jahres Zeugen der Erschießung eines Kämpfers der georgischen „Legion“ durch Scharfschützen der SBU-Einheit „Alpha“ aus der 54. Brigade und anschließend auch aus den ukrainischen Streitkräften entlassen. Die Art der tödlichen Verletzungen zeugte davon, dass das Scharfschützenfeuer auf die Positionen der Legion nicht von Seiten der Streitkräfte der DVR kam, sondern aus einem Gebiet, in dem Scharfschützen der SBU-Einheit „Alpha“ stationiert und aktiv waren.

Das antiukrainische Regime Poroschenko ist ausschließlich auf Lügen ausgerichtet! Alle Zeugen von Kriegsverbrechen, die von Kiew im Donbass begangen wurden, sollen vernichtet werden, darunter auch Soldaten, die an der ATO beteiligt waren.

Wir sind am Erhalt des Lebens der unfreiwilligen Zeugen der Kriegsverbrechen der ukrainischen Regierung gegen friedliche Bürger interessiert und bereit, ihnen zuverlässigen Schutz gegen die Verfolgung von Seiten ukrainischen Spezialdienste zu gewährleisten.

de.sputniknews.com: „Das war eine Lüge“: Duma-Bewohner berichten über Inszenierung von Giftgasangriff.

Auf einer Pressekonferenz der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) am Donnerstag in Den Haag haben Bewohner der syrischen Stadt Duma, wo Anfang April ein C-Waffen-Einsatz verübt worden sein soll, sowie Ärzte Beweise dafür geliefert, dass die angebliche Attacke eine Inszenierung war.

Vor den OPCW-Experten traten insgesamt 17 Menschen auf, darunter auch der elfjährige syrische Junge Hassan Diab, der in einem Video von den „Weißhelmen“ als eines der „Opfer des Chemiewaffenangriffs“ in Duma vorgestellt worden war.

„Das war eine Lüge“

Zuerst sprach der Vater des Jungen vor Journalisten. Ihm zufolge haben Unbekannte in der Stadt Panik ausgelöst, woraufhin sie versuchten, Menschen im örtlichen Krankenhaus zu versammeln.

„Sie haben meine Kinder weggenommen, auf eine Notfallstation gebracht und sie mit Wasser begossen. Sie haben uns zuerst nichts erklärt. Nur später haben wir erfahren, dass dies eine Lüge war. Wir haben keine Anzeichen einer Vergiftung gesehen. Die ganze Familie hat sich gut gefühlt“, betonte der Mann.

Auch Hassan Diab selbst teilte seine Eindrücke mit: „Ich weiß nicht, warum ich zuerst mit Wasser begossen und dann an einen anderen Ort gebracht wurde.“

Kommentare von Ärzten

Neben der Diab-Familie meldeten sich auch Ärzte des Krankenhauses der Stadt Duma, darunter Ahmad Hashua, der als Rezeptionist tätig und für Logistik zuständig ist, zu Wort. „Gegen 19.00 Uhr (7. April, Ortszeit - Anm. d. Red.) habe ich am Eingang zur Notfallstation gestanden. Ein Mann mit einem Kind hat das Gebäude betreten und von C-Waffen geschrien. Als er zu schreien anfangt, ist Chaos entstanden. Die Leute sind in Panik verfallen. Ehrlich gesagt haben die Leute Atembeschwerden gehabt. Solche Leute wurden aber auch tagsüber ins Krankenhaus gebracht. Wir haben gesehen, dass das Geschrei über C-Waffen nötig war, um Panik auszulösen“, erläuterte er.

Derweil erklärte sein Kollege, warum die Patienten an diesem Tag überhaupt Atemprobleme gehabt hätten.

„An jenem Tag war ich auf der Notfallstation tätig und habe Patienten und Betroffene versorgt. Rund 15 Menschen mit Atembeschwerden wurden eingeliefert. Sie hatten Staub und Rauch eingeatmet. Es hat keine weiteren Beschwerden gegeben. Dies geschah nach einer Bombardierung von Gebäuden nahe dem Krankenhaus“, erklärte er.

Noch am selben Tag soll ein Teil der Betroffenen nach entsprechender Behandlung das Krankenhaus verlassen haben. Es habe keinen einzigen Todesfall gegeben, sagte Hassan Ayun, ein anderer Arzt.

Trotz der angeführten und mit Videos und Fotos belegten Fakten sollen einige westliche Journalisten die Syrer gefragt haben, wie viel Geld diesen für den Besuch in Den Haag „versprochen wurde“. Sie sollen darauf geantwortet haben, sie seien gekommen, um die Wahrheit zu sagen.

An dem Pressegespräch nahmen laut dem ständigen Vertreter Russlands bei der OPCW, Sergej Schulgin, Dutzende Delegationen der Mitgliedsländer des Exekutivkomitees der Organisation teil.

„Ich sage es offen: Westliche Partner als solche – Franzosen, Amerikaner oder Briten – sind beim Pressegespräch nicht vertreten gewesen. Außerdem haben sie alles Mögliche getan, um ihren anderen Verbündeten die Teilnahme an diesem Briefing auszureden“, sagte er.

Oppositionelle syrische Internetportale hatten Anfang April über einen Chlorgas-Einsatz mit Dutzenden Toten in der damals noch von Rebellen kontrollierten Ortschaft Duma östlich von Damaskus berichtet, aber keine Beweise vorgelegt.

Ihre Informationen wurden schnell von westlichen Medien und Spitzenpolitikern aufgegriffen, die die Regierung des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad für die angebliche Attacke verantwortlich machten. Damaskus weist diese Anschuldigungen entschieden zurück. Dabei hatte der Generalstab der russischen Streitkräfte noch am 13. März von einer durch die militanten Kämpfer in Ost-Ghuta vorbereiteten Provokation mittels Inszenierung eines C-Waffen-Einsatzes berichtet.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32049/35/320493513.jpg>

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des Leiters der Koordination der Volksmiliz der LVR Oberst M. Ju. Filiponenko:

Guten Tag!

Heute stelle ich die Ergebnisse der Tätigkeit der Einheiten der Volksmiliz der LVR in der letzten Woche vor und informiere über die Lage an der Kontaktlinie.

Die **Situation** im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR **bleibt stabil angespannt**. In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen **zweimal das Regime der Feueinstellung verletzt** und dabei mit 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

In der letzten Woche haben die ukrainischen Truppen 40-mal das Regime der Feueinstellung verletzt. Es wurde mit 122mm-Artillerie, 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen geschossen. Insgesamt wurden mehr als 560 Geschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert.

Im Vergleich zur vorangegangenen Woche hat sich die Zahl der Beschießungen um 13 vergrößert....

Im Verlauf der letzten Woche hat sich die Zahl der ukrainischen Waffen und Militärtechnik in der „ATO“-Zone erheblich vergrößert. Darüber wird in den OSZE-Berichten berichtet, die von Kiew demonstrativ ignoriert werden.

In der letzten Woche hat die OSZE-Mission nicht abgezogene Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte entdeckt:

86 Artilleriegeschütze;

24 10mm-Antipanzergeschütze MT-12 „Rapira“;

12 Mehrfachraketenwerfer „Grad“;

1 Abwehrraketenkomplex „OSA“.

Außerdem haben die Beobachter in ihren Berichten das Fehlen von 73 Panzern und 8 Mörsern als an den Lagerorten der ukrainischen Seite fehlend festgestellt.

Diese Fakten sind ein weiterer nicht zu leugnender Beweis der Vorbereitung des Kommandos der ukrainischen Streitkräfte auf weitere Provokationen um bereit angelegte Kämpfe zu entfachen. Solche Absichten werden durch offizielle Erklärungen bestätigt. So hat General Najew erklärt, dass die Operation der vereinigten Kräfte eine militärische Operation ist, die das gesamte Territorium des Donbass besetzen wird.

In Verletzung der Minsker Vereinbarungen konzentrieren die ukrainischen Truppen weiter ihre Gruppierungen an der gesamten Kontaktlinie.

An der Abladestation in Rubeshnoje ist ein Zug mit schweren Waffen und Technik eingetroffen, darunter 12 Haubitzen „Msta-B“, 20 Militärfahrzeugen und drei

Kommandostabsfahrzeugen angekommen. Außerdem sind drei Haubitzen „Msta-C“ im Gebiet von Priwolj im Lisitschansk-Bezirk eingetroffen.

Gesondert will ich auf die Frage des Abzugs von Kräften im Gebiet von Staniza Luganskaja eingehen.

Bei den Verhandlungen in Minsk haben die Vertreter der LVR erklärt, dass sie zur Trennung der Kräfte und Mittel bei Staniza Luganskaja jederzeit bereit sind, wenn es eine entsprechende Mitteilung der ukrainischen Seite über die OSZE gibt.

Während der Sitzung der Kontaktgruppe am 18. April 2018 haben die Vertreter der Ukraine den 25. April als Tag für die Trennung von Kräften und Mitteln bei Staniza Luganskaja vorgeschlagen.

Dennoch haben ukrainische Soldaten am 24. April am Trennungsabschnitt vorsätzlich das Regime der Feuereinstellung verletzt. Diese Umstände wurden von OSZE-Beobachter festgehalten. Aber die ukrainische Seite beschuldigte die Volksmiliz der LVR des Beschusses bei Staniza Luganska, um so die Vereinbarungen zu sabotieren.

Ein solches Schema wird von Kiew regelmäßig genutzt, um die politische Regelung des Konflikts vorsätzlich zu verzögern. Poroschenko interessiert es mehr, die Aufmerksamkeit der westlichen Medien auf seine Person zu ziehen, statt reale Schritte zur Realisierung der Minsker Vereinbarungen zu unternehmen...

de.sputniknews.com: „Sehr positive Nachrichten“: Korea-Gipfel aus russischer Sicht
Politiker und Analysten in Moskau begrüßen die direkten Verhandlungen zwischen den Staatschefs Nord- und Südkoreas am Freitag, sprechen von einem Durchbruch und ziehen geschichtliche Parallelen.

Kreml-Sprecher Dmitri Peskow sagte am Freitag: „In Bezug auf die Nachrichten, die aus Korea kommen, kann man sofort sagen: Das sind sehr positive Nachrichten.“ Nord- und Südkorea hatten soeben nach ihrem Gipfeltreffen eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, wonach eine „umfassende Verbesserung“ der Beziehungen angestrebt werden soll.

Politik-Expertin Jewgenia Woiko, Dozentin an der Finanzuniversität bei der russischen Regierung, sagte gegenüber Sputnik: „Dieses Treffen an und für sich darf als Durchbruch bezeichnet werden, denn bis vor kurzem waren die Beziehungen zwischen Nord- und Südkorea angespannt oder gar kriegslustig. Zwar bleibt die Frage, wie beständig die beim heutigen Treffen erzielte positive Stimmung sein wird, doch vorerst demonstrieren die beiden Staatschefs den Wunsch, sich weiter in derselben Richtung zu bewegen.“

„Wollen wir nicht vergessen: Neben den Sicherheitsfragen ist da auch ein gewisses Wirtschaftsinteresse präsent – besonders seitens Pjongjangs. Dieses Thema, soviel man verstehen kann, wurde beim Gipfeltreffen bereits angesprochen – zumindest in Form einer Erörterung der Frage nach einer Vereinigung der Eisenbahnsysteme der beiden Länder – und wird zweifelsohne eine Fortsetzung erfahren. Dies geht unter anderem darauf zurück, dass Nordkoreas Wirtschaft nach all den Sanktionen akut eine Unterstützung braucht“, so Woiko. Wladimir Schamanow, Chef des Verteidigungsausschusses der russischen Staatsduma, äußerte am Freitag vor Journalisten die Meinung, das koreanische Gipfeltreffen sei ein Hinweis darauf, dass eine Vereinigung der beiden Koreas als eine Nation potenziell möglich wäre. Schamanow verwies auf die einstige Spaltung Deutschlands: „Die nachfolgenden Ereignisse führten aber dazu, dass Deutschland derzeit ein geeintes Land ist. Wenn auch nicht schnell, so wurde damit ein Präzedenzfall in der Zeitgeschichte geschaffen.“

Leonid Sluzki, Chef des Staatsduma-Ausschusses für internationale Angelegenheiten, sagte vor Journalisten, der Korea-Gipfel dürfe als „Durchbruch des Jahrzehnts“ gelten: „Ich würde ihn als ‚Verhandlungen der Hoffnung‘ bezeichnen. Erstmals seit einer langen Zeit zeichnet sich eine positive Verschiebung ab.“

„Der Dialog ist ausgerechnet das, wofür sich Russland in Sachen Regelung auf der Korea-Halbinsel immer einsetzte. Der 38. Breitengrad hatte einst ein geeintes Volk gespalten. Nur

die Koreaner selbst sollten alle Fragen zwischen Nord und Süd klären“, unterstrich Sluzki. Aus seiner Sicht sollten sich derzeit keine „äußeren Akteure“ in den Aufbau der Beziehungen zwischen Seoul und Pjöngjang einmischen: „Davon, wie erfolgreich der interkoreanische Dialog sein wird, hängen die Stabilität und Sicherheit der ganzen Region ab.“

de.sputniknews.com: Freund oder Feind? - Washington erstellt Liste (un)gehorsamer Länder. Die USA haben eine Liste von Ländern angefertigt, die bei der UN-Vollversammlung in der Regel die Position Washingtons unterstützen, sowie von jenen, die den US-Ansichten für gewöhnlich nicht zustimmen.

Zu den zehn Ländern, deren Beschlüsse größtenteils mit denen der USA übereinstimmen, zählen demnach Israel, Mikronesien, Kanada, die Marshallinseln, Australien, Großbritannien, Frankreich, Palau, die Ukraine und Tschechien.

Auf der Liste der Staaten, die in der Regel ihre eigenen Positionen vertreten, stehen Simbabwe, Burundi, der Iran, Syrien, Venezuela, Nordkorea, Turkmenistan, Kuba, Bolivien und die Republik Südafrika.

Laut einem aktuellen Bericht des US-Außenministeriums hatte die UN-Vollversammlung allein im vorigen Jahr 93 Resolutionsentwürfe erörtert.

In 31 Prozent der Fälle sollen neben den USA auch die meisten Teilnehmerstaaten der UN-Vollversammlung für die Dokumente gestimmt haben, was zehn Prozent unter dem Niveau von 2016 liegen soll. Einen derartigen Bericht erstellt das US-Außenministerium bereits seit 34 Jahren in Folge.

Im Dezember 2017 hatte US-Präsident Donald Trump gedroht, jedem Land den Finanzhahn zuzudrehen, das im UN-Sicherheitsrat für eine Resolution gegen die Anerkennung Jerusalems als Israels Hauptstadt durch Washington stimmen werde.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32049/55/320495589.jpg>

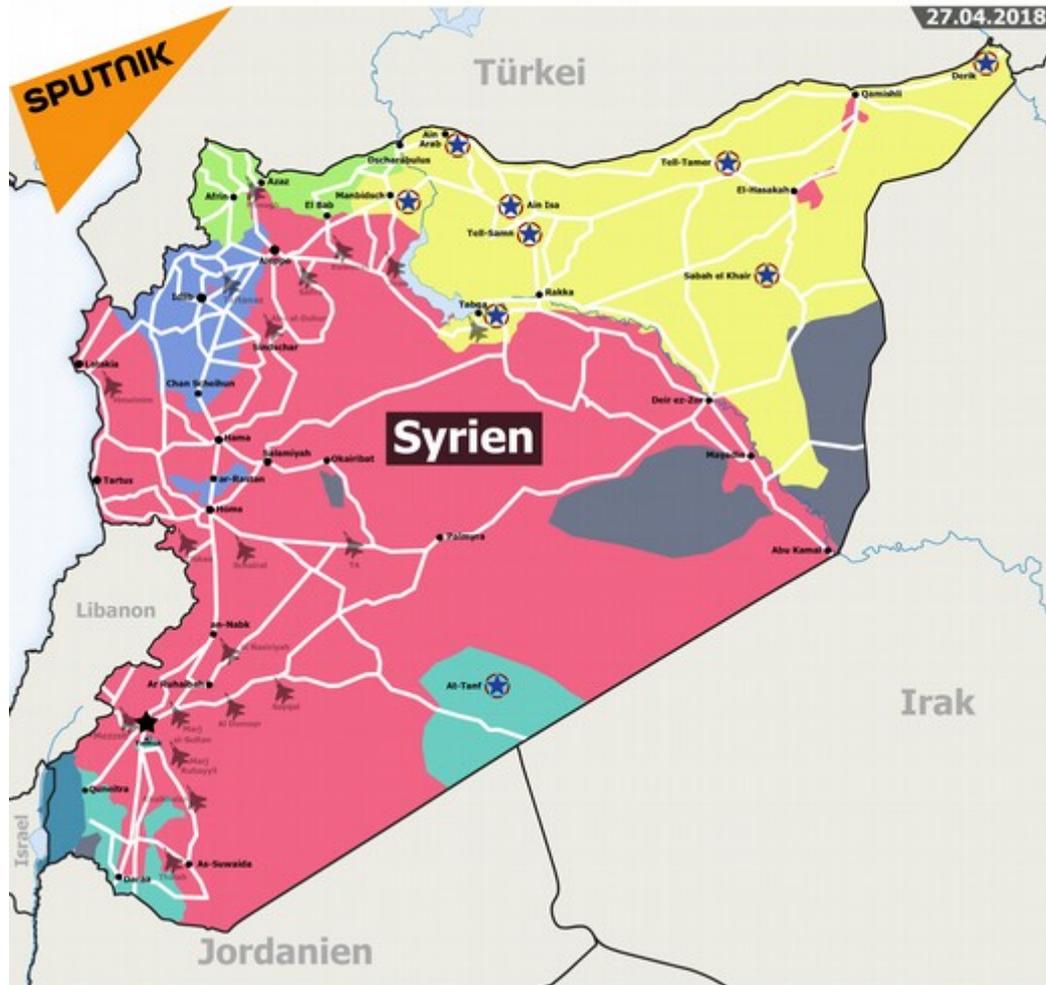
Dan-news.info: „Das Staatssicherheitsministerium der DVR hat operative Fahndungsmaßnahmen am KPP Gorlowka durchgeführt, bei denen Fälle von nicht rechtmäßigen Handlungen von Mitarbeitern des Grenzschutzes dokumentiert wurden, es wurden fünf Menschen mit eindeutigen Beweisen festgenommen“, teilte das MfS der DVR mit.

Nach Informationen des MfS wurden vor Ort große Geldsummen konfisziert. Es wurde ein Strafverfahren nach §414 des Strafgesetzbuchs der DVR „Missbrauch von Ämtern, Überschreitung von Amtsbefugnissen oder Untätigkeit von Staatsorganen“ aufgenommen. Das Ministerium unterstrich, dass die Spezialdienste die „Maßnahmen zum Kampf gegen die Korruption unabhängig von Status und Funktion fortsetzen“.

de.sputniknews.com: Kräftebalance in Syrien:

Diese Karte zeigt das aktuelle Kräfteverhältnis in Syrien. Der Großteil des syrischen Territoriums befindet sich derzeit unter der Kontrolle der Regierungskräfte.

Kräftebalance in Syrien



- Syrische Armee
- "Dschadhad Al-Nusra"* und andere bewaffnete Gruppen
- Von Israel besetzte Golanhöhen
- Volksverteidigungseinheiten (YPG)
- Türkische Armee und "Freie Syrische Armee"
- ★ Damaskus
- IS* bzw. Daesh*
- Andere bewaffnete Gruppierungen der Opposition
- Leitung der syrischen Militäroperationen
- ✈ Militärfugplätze
- ★ Standorte der US-Truppen
- Wichtigste Straßen

* Terrororganisation, in Russland verboten

Quelle: Sputnik

<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32049/72/320497216.png>

Dan-news.info: „Heute hat das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko dem republikanischen Zentrum für medizinische Notfallhilfe und Katastrophenmedizin elf Krankenwagen übergeben“, teilte der Pressedienst des Republikoberhauptes mit. Die Krankenwagen werden an die Erste-Hilfe-Stationen in Donezk, Gorlowka, Nowoasowsk

und anderen Städten der DVR übergeben. Die Fahrzeuge wurden in der RF mit Geldern aus dem Fonds des Republikoberhauptes gekauft.

de.sputniknews.com: Russische C-Waffen-Enthüllung in Den Haag: „USA rieten Partnern vom Kommen ab“.

Der ständige US-Vertreter bei der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) hat alles nur Mögliche unternommen, um seine Kollegen nicht zu dem von Russland und Syrien veranstalteten Briefing zur Situation in der Stadt Duma kommen zu lassen. Dies erklärte der russische ständige Vertreter bei der OPCW, Alexander Schulgin, am Freitag. Schulgin unterstrich, dass es „keine westlichen Partner beim Briefing gegeben hatte“: „weder Franzosen noch Amerikaner oder Engländer“.

„Außerdem haben sie alles Mögliche getan, und der US-Vertreter hat sich beinahe übernommen, um den anderen Verbündeten die Teilnahme an diesem Briefing auszureden“, sagte er.

Dem russischen OPCW-Vertreter zufolge „fürchten die USA, der Wahrheit in die Augen zu schauen, sie fürchten, den kleinen Hassan anzusehen, der ihre Lüge entlarven wird“.

Im Hauptquartier der OPCW in Den Haag fand ein gemeinsames Briefing der Vertreter der ständigen russischen Mission bei der OPCW und der Zeugen des inszenierten „Chemieangriffs“ in der syrischen Stadt Duma statt.

Der syrische stellvertretende Ständige Vertreter bei der OPCW, Hassan Obeid, hatte am Rande des Briefings erklärt: „Im Lager der C-Waffen, die Terrorkämpfer in Duma hinterlassen haben, haben wir Chemikalien aus Deutschland, Großbritannien, aus dem Chemielabor Porton Down in Salisbury, nicht aus einem anderen Ort, sondern eben aus Salisbury gefunden.“

Dass nun anscheinend ausgerechnet chemische Komponenten aus Salisbury entdeckt worden sind, ist politisch besonders brisant, denn in dieser englischen Stadt ist am 4. März der Ex-Doppelagent Sergej Skripal vergiftet worden.

London hatte umgehend Russland der Vergiftung beschuldigt, jedoch immer noch keine Beweise für diese Behauptungen geliefert.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32039/10/320391076.jpg>

wpered.su: Am 26. April fand auf einem der zentralen Plätze von Hannover, dem «Kröpcke», eine Mahnwache gegen den Krieg im Donbass statt. Dies berichtet ein Korrespondent der Website «Wperjod».

Das Motto der Mahnwache war «Nein zum Krieg im Donbass!», «Keine Unterstützung mehr für Kiews Krieg!». Zu der Veranstaltung hatte die Initiative «Nein zum Krieg im Donbass» aufgerufen, die aus Friedensaktivisten, Freidenkern und Kommunisten aus Hannover besteht.

An die Passanten wurde ein Flugblatt verteilt, das gegen den seit vier Jahren andauernden Krieg des Regimes in Kiew gegen die Bevölkerung des Donbass protestiert. Vielen Passanten war diese Information völlig neu, weil die „offiziellen“ deutschen Medien fast nichts über diesen Krieg berichten. Eine ganze Reihe von Passanten jedoch unterstützte die Aktion und begrüßte es, dass das Schweigen über den Krieg im Donbass auch in der Stadt Hannover gebrochen wurde.

de.sputniknews.com: Russische Botschaft verspottet Medienreaktion auf Enthüllung von Giftgas-Inszenierung.

Die russische Botschaft in London hat am Freitag auf Twitter über die Reaktion der Zeitung „The Times“ auf die Enthüllung der Inszenierung der angeblichen Giftgasattacke im syrischen Duma gespottet.

Ein Artikel des Blattes erschien mit dem Titel „Obszöne Maskerade der Familie aus Duma“. „Westliche Diplomaten haben Russland und Syrien eine ‚obszöne Maskerade‘ vorgeworfen, nachdem diese Länder bei einer Pressekonferenz einen elfjährigen Jungen in dem Versuch vorgestellt hatten, die Erklärungen über eine angeblich vom Assad-Regime organisierte Giftgasattacke zu widerlegen“, heißt es darin.

Die russische Botschaft reagierte prompt und schrieb: „Wenn du nicht zugeben kannst, dass du beim Lügen erwischt wurdest, und du immer noch was sagen musst.“

Am Donnerstag hatte im OPCW-Hauptquartier in Den Haag ein Pressegespräch stattgefunden, an dem 17 Syrer, darunter auch die Familie des elfjährigen syrischen Jungen Hassan Diab, der in einem Video von den „Weißhelmen“ als eines der „Opfer des Chemiewaffenangriffs“ in Duma vorgestellt worden war, sowie Ärzte des örtlichen Krankenhauses teilnahmen. Ihnen zufolge hatte es in Duma gar keinen Giftgasangriff gegeben. Dieser sei inszeniert worden.

Oppositionelle syrische Internetportale hatten Anfang April über einen Chlorgas-Einsatz mit Dutzenden Toten in der damals noch von Rebellen kontrollierten Ortschaft Duma östlich von Damaskus berichtet, aber keine Beweise vorgelegt.

Ihre Informationen wurden schnell von westlichen Medien und Spitzenpolitikern aufgegriffen, die die Regierung des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad für die angebliche Attacke verantwortlich machten. Damaskus weist diese Anschuldigungen entschieden zurück.

de.sputniknews.com: London beklagt: EU knebelt Verschärfung von Russland-Sanktionen. Die EU macht es London nahezu unmöglich, die antirussischen Sanktionen nach dem US-Beispiel zu verschärfen. Dies schreibt die Zeitung „The Telegraph“ unter Verweis auf den britischen Finanzminister Philip Hammond.

Hammond stellte demnach fest, dass eine unabhängige Sanktionspolitik „mit geringen Ausnahmen“ nicht möglich sei, da Großbritannien noch nicht aus der EU ausgetreten sei. Ihm zufolge ist es notwendig, in diesem Zusammenhang einen Konsens mit den anderen 27 EU-Staaten zu erreichen, was jedoch eine enorme Schwierigkeit darstelle. Das bedeute oft, dass man sich „auf den kleinsten gemeinsamen Nenner“ einigen müsse, so Hammond.

Es sei „wahrscheinlich fair zu sagen“, dass sich das Verlangen nach weiterem Druck auf russische Unternehmer von EU-Land zu EU-Land unterscheide, betonte der Finanzminister. Am 6. April hatte Washington seine Sanktionsliste um 17 hochrangige russische Beamte, sieben Unternehmer und ihre Firmen erweitert.

Unter den betroffenen Unternehmen sind der staatliche Rüstungsexporteur Rosoboronexport, der Lastwagenbauer GAZ, der Aluminiumgigant RusAl des Oligarchen Oleg Deripaska und die Unternehmensgruppe En+ sowie Wiktor Wechselbergs Investitionsunternehmen Renova und einige andere Konzerne. Formell begründete die US-Administration die neuen Sanktionen mit einem „destabilisierenden Verhalten“ Russlands und angeblichen Versuchen

Moskaus, die „westliche Demokratie zu untergraben“.

Wpered.su: Die Schüler des Donezker Internats/Kinderheims Nr. 1 haben der Deutschen Kommunistischen Partei ihren Dank ausgedrückt, teilt ein Korrespondent der Seite „Wpered“ mit.

„Wir schätzen Ihr Bestreben, das Leben der Kinder besser zu machen. Sie schenken Ihnen einen Strahl Wärme, Güte und Hoffnung. Dass Ihre Kräfte und Energie nicht versiegen und alle Ihre Ideen realisiert werden. Gute Taten bleiben nicht unbemerkt – sie sind für die, die auf Hilfe warten, wie Leuchttürme“, heißt es in dem Dokument.



http://wpered.su/wp-content/uploads/2018/04/DSC_0051-723x1024.jpg

de.sputniknews.com: Putin: „Das ist Russlands historisches Muss“

Die Bewältigung der in der Botschaft an die Föderalversammlung (russisches Parlament) gestellten Aufgaben ist laut dem russischen Präsidenten Wladimir Putin eine historische Notwendigkeit, weil dies eine Frage der Zukunft des Landes sei. Dies erklärte Wladimir Putin bei der Sitzung des legislativen Rates am Freitag.

„In den nächsten Jahren steht eine große verantwortungsvolle Arbeit bevor. Ihre Richtungen wurden in der Jahresansprache (des Präsidenten an die Föderalversammlung – Anm. d. Red.) dargelegt. Ich betone nochmals, die Meisterung der aufgeworfenen Aufgaben ist eine historische Notwendigkeit. Ich möchte gerade dieses Wort gebrauchen und unterstreichen, weil es wichtig ist – die Gewährleistung eines Durchbruchs praktisch in allen Bereichen unseres Lebens. Es ist eine Frage der Zukunft unseres Landes. Ich weiß, dass Sie nicht nur sachbezogen dieses Dokument analysiert, sondern auch schon einen Plan zu seiner Realisierung vorbereitet haben“, sagte Putin.

In seiner Ansprache an die Föderalversammlung am 1. März hatte Putin als vorrangige Aufgaben die Verbesserung der Wohnbedingungen der Bürger, die Erhöhung ihrer Renten und deren Indexierung, die soziale Hilfe für Notleidende, die Entwicklung der Vorschuleinrichtungen in Russland und andere Richtungen der Sozialpolitik hervorgehoben. Als eine Schlüsselaufgabe für das bevorstehende Jahrzehnt nannte der Präsident die Gewährleistung des Wachstums des Realeinkommens der Bürger und die Reduzierung der Armut innerhalb der nächsten sechs Jahre zumindest um das Zweifache.